

# LINKE lehnt Blankoscheck über 22 Milliarden ab

Von Dr. Dagmar Enkelmann

Eine Woche vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen liegen bei den Regierenden die Nerven blank. Hektisches Agieren wird bestimmt von der Frage: Was kann man den Wählerinnen und Wählern jetzt noch zumuten? Manches aber duldet keinen Aufschub, ist schon viel zu lange verzögert worden – wie die Hilfe für Griechenland.

Bei ihrer Regierungserklärung am 25. März im Bundestag redete sich Merkel noch darauf hinaus, bislang sei Griechenland „nicht zahlungsunfähig geworden.“ Auch seien „düstere Vorhersagen über die Entwicklung in anderen Ländern nicht Realität geworden.“ Merkel erklärte, schnelle Hilfe mache noch keinen „guten Europäer“. Nun muss plötzlich superschnell im Schweinsgalopp geholfen werden. da drängt sich die Frage auf: Ist Frau Merkel jetzt keine „gute Europäerin“ ? Tatsache ist: Die Stabilität des Euro und der EU hat durch das Zögern in den letzten Wochen erheblichen Schaden genommen. Zocker und Spekulanten, die auf einen Bankrott Griechenlands wetteten, erlebten eine Blütezeit.

Zeitgleich mit der Regierungserklärung der Kanzlerin debattierte der Bundestag im März 2010 auch einen Antrag der LINKEN „Eurozone reformieren – Staatsbankrotte verhindern“, (Drs. 17/1058). In dem Antrag fordert DIE LINKE, das Verbot gegenseitiger finanzieller Hilfen der EU-Länder aufzuheben sowie eine Euro-Anleihe aufzulegen. Dann wäre Griechenland nicht privaten Gläubigern ausgeliefert. Desweiteren soll der Europäischen Zentralbank gestattet werden, Staatsschulden zu kaufen sowie „Wertpapiere“ wie handelbare Kreditversicherungen (CDS) zu verbieten. Damit hätte man schon im März handeln können – die Regierung übte sich aber in Beschwichtigung, steckte den Kopf in den Sand, hoffte, es werde schon nicht so schlimm werden.

Nun regieren Hektik und Panik. Tatsächlich kann die aktuelle Finanzkrise den Bestand von Euro und EU insgesamt gefährden. Dennoch ist der LINKEN der Verzicht auf die üblichen parlamentarischen Fristen schwer gefallen. Denn damit werden grundlegende parlamentarische Rechte eingeschränkt. Deswegen befasste sich der Haushaltsausschuss bereits mit dem Gesetzentwurf, bevor dieser in 1. Lesung in den Bundestag eingebracht wird. Bleibt der Gesetzentwurf so, wie er von der Bundesregierung am Montag vorgelegt wurde, wird DIE LINKE diesem nicht zustimmen. Die vorgeschlagene „Gewährleistungs-Ermächtigung“ geht voll zu Lasten der Steuerzahler, ist ein Blankoscheck über 22,4 Milliarden Euro, den die Regierung nach Gutdünken einlösen kann. Den Haushaltsausschuss muss sie darüber nur „unterrichten“. Zugleich heißt es schwarz auf weiß im Gesetzentwurf, „die mittelbaren finanziellen Auswirkungen sind nicht bezifferbar“. Würde DIE LINKE das in einen Antrag schreiben, wäre das Geschrei groß.

Ob die Bedenken, die dem Gesetzentwurf auch aus den Reihen der Koalition entgegenschlagen, durch einen gemeinsamen Entschließungsantrag aller Fraktionen ausgeräumt werden können, bleibt abzuwarten. DIE LINKE fordert – und legt dazu zwei Anträge vor - eine wirksame Bankenabgabe, eine Finanzverantwortungsgebühr nach dem Vorbild vom Barack Obama, eine Börsenumsatzsteuer sowie eine Sonderabgabe auf Manager-Boni wie in Großbritannien. DIE LINKE lehnt das IWF-Diktat gegenüber Griechenland ab, erwartet von der dortigen Regierung aber auch, die Rüstungsausgaben deutlich zu senken, die Reichen und Vermögenden deutlich höher zu besteuern sowie den Steuervollzug zu verbessern.